

A9 Positionspapier zu Klimaschutz und Klimagerechtigkeit

Gremium: Bundesdelegiertenversammlung

Beschlussdatum: 24.09.2023

Antragstext

1 Die Auswirkungen der Klimakrise sind längst mess- und sichtbar. Die
2 gesellschaftlichen und historischen Ursachen sind vielfach wissenschaftlich
3 belegt. Neben erheblichen sozialen und ökonomischen Problemen drohen durch eine
4 weitere Erhitzung des globalen Klimas irreversible Schäden für Natur und Umwelt.
5 Wir leben im Zeitalter des Kapitalozäns: Der Ursprung der Klimakrise liegt in
6 kapitalistischen und kolonialen Strukturen.^[i] Daher sind Länder und Menschen
7 des Globalen Nordens¹ in besonderem Maße für die Klimakrise verantwortlich.
8 Historisch gesehen haben sie den Großteil der Treibhausgasemissionen
9 ausgestoßen.^[ii] Trotzdem sind Länder und Menschen des Globalen Südens¹ schon
10 seit Generationen am stärksten von den Folgen der Umweltausbeutung und der
11 Klimakrise betroffen. Sie gründeten Widerstands- und Umweltbewegungen dagegen.
12 Zudem spüren insbesondere junge und nachfolgende Generationen, von (Mehrfach-
13)Diskriminierung betroffene Menschen und Menschen in prekären Lebenssituationen
14 die Auswirkungen der Klimakrise in besonderem Maße.

15
16 ¹ Die Begriffe "Globaler Norden" und "Globaler Süden" verweisen nicht auf
17 geografische Kategorien. „Mit dem Begriff Globaler Süden wird eine im
18 globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und
19 ökonomische Position beschrieben. Globaler Norden hingegen bestimmt eine
20 mit Vorteilen bedachte Position. Die Einteilung verweist auf die
21 unterschiedliche Erfahrung mit Kolonialismus und Ausbeutung, einmal als
22 vor allem Profitierende und einmal als vornehmlich Ausgebeutete“ (glokal
23 2013).

24 Quelle: glokal 2013: Mit kolonialen Grüßen. Berichte und Erzählungen von
25 Auslandsaufenthalten rassistisch kritisch betrachtet. URL:
26 [https://www.glokal.org/wp-](https://www.glokal.org/wp-content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf)
27 [content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf](https://www.glokal.org/wp-content/uploads/2013/09/BroschuereMitkolonialenGruessen2013.pdf),
28 S. 8, aufgerufen am 23.09.2023.

29 Um die Folgen der Klimakrise einzudämmen, hat sich die internationale
30 Staatengemeinschaft 2015 mit dem Pariser Abkommen darauf verständigt, die
31 globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen und
32 Anstrengungen zu unternehmen, eine maximale Erwärmung von 1,5 Grad Celsius
33 anzustreben. Im März 2023 veröffentlichte der Weltklimarat (IPCC) seinen
34 sechsten Sachstandsbericht, der die gravierende Handlungslücke zur Einhaltung
35 des 1,5 Grad-Ziels deutlich unterstreicht.^[iii] Das Fenster, in dem die
36 Erderwärmung noch auf 1,5 Grad begrenzt werden kann, wird sich in wenigen Jahren
37 schließen. Die bisher umgesetzten und geplanten Maßnahmen der Staaten reichen
38 nicht aus, um die im Pariser Klimaabkommen vereinbarten Ziele einzuhalten. Jedes
39 Zehntelgrad Erwärmung hat schwerwiegende Konsequenzen. Unter anderem werden
40 Ökosysteme unwiederbringlich zerstört, Biodiversität geht verloren, Konflikte um
41 natürliche Ressourcen nehmen zu, Extremwetterereignisse treten vermehrt auf und
42 Menschen verlieren ihre Existenzgrundlage und Heimat. Dies ist ein unhaltbarer
43 Zustand.

44 Als NAJU setzen wir uns für junge und marginalisierte Gruppen ein. Deshalb
45 fordern wir einen wirksamen und gerechten Klimaschutz. Ziel ist der Erhalt von
46 Lebensgrundlagen und einer intakten Natur. Deshalb muss eine sozial-ökologische
47 Transformation die globale Erwärmung schnellstmöglich bremsen und die Erfüllung
48 der Grundbedürfnisse aller Menschen sicherstellen.

49 Daher fordern wir:

- 50 1. Eine ambitionierte und sozialgerechte Klimapolitik der Bundesregierung
51 sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, die sich an dem
52 1,5 Grad-Ziel und den dafür aus wissenschaftlicher Sicht notwendigen
53 Maßnahmen orientiert. Dazu müssen die Treibhausgasemissionen in
54 Deutschland auf Nettonull bis 2035 gesenkt werden.
- 55 2. Eine sozial- und naturverträgliche Energiewende mit einem vollständigen
56 Kohleausstieg in Deutschland bis 2030.
- 57 3. Eine Reduktion der Treibhausgasemissionen auf europäischer Ebene um
58 mindestens 65 Prozent bis 2030 (im Vergleich zu 1990) sowie das Erreichen
59 der Klimaneutralität auf EU-Ebene bis 2040.
- 60 4. Die politische und gesellschaftliche Anerkennung, dass der Globale Norden
61 als Hauptverursacher der Klimakrise die größte Verantwortung trägt,
62 während der Globale Süden am stärksten von den Folgen betroffen ist.
- 63 5. Die politische und gesellschaftliche Anerkennung des Zusammenhangs
64 zwischen Klimakrise, Kolonialismus und Rassismus. Anhaltende koloniale
65 Machtstrukturen müssen konsequent abgebaut werden.
- 66 6. Klimaschutz muss sozial gerecht gestaltet werden. Insbesondere FLINTA*-
67 Personen (Frauen, Lesben, Inter, Nichtbinär, Trans, Agender), BIPOC,
68 (mehrfach-)diskriminierte Menschen, Menschen in prekären Lebenssituationen
69 und junge Menschen müssen aus Perspektive der Gender-, Generationen- und
70 Klimagerechtigkeit stärker berücksichtigt werden.
- 71 7. Die Sichtbarmachung von Perspektiven, Umweltbewegungen und
72 Widerstandskämpfen von BIPOC (Black, Indigenous and People of Color).
- 73 8. Als Industrieland mit einer globalen Verantwortung für die Menschen in den
74 Ländern, die besonders von der Klimakrise betroffen sind, muss Deutschland
75 eine internationale Vorreiterrolle einnehmen. Dies gilt sowohl innerhalb
76 der Europäischen Union als auch bei den Vereinten Nationen.
- 77 9. Das Ende des Raubbaus und der Ressourcenausbeutung insbesondere im
78 Globalen Süden zugunsten des Globalen Nordens.
- 79 10. Umfangreiche Anpassungen an die bereits messbaren Auswirkungen der
80 Klimakrise zum Schutz der Menschen sowie der natürlichen Lebensgrundlagen.
- 81 11. Eine Erhöhung der von Deutschland bereitgestellten internationalen
82 Klimafinanzierung auf mindestens 8 Milliarden Euro bis 2025. Das neue
83 Klimafinanzierungsziel ab 2025 muss sich an den Bedarfen der am stärksten
84 von der Klimakrise betroffenen Länder ausrichten. Deutschland muss sowohl
85 Gelder für die Emissionsminderung und Anpassung als auch zusätzliche

- 86 Mittel für den vereinbarten Fond für Klimawandelschäden und -verluste
87 bereitstellen.
- 88 12. Die Anerkennung der gravierenden Folgen der Klimakrise als Fluchtursache
89 und die Gewährleistung von Schutz für flüchtende sowie schutzsuchende
90 Menschen.
- 91 13. Den Schutz und die klimaresiliente Renaturierung von Ökosystemen als
92 natürliche Kohlenstoffsenken.
- 93 14. Eine klimaverträgliche Agrarpolitik, die klimaresiliente Lebensräume
94 schafft und Biodiversität fördert. Zugleich muss die Zukunft für
95 Landwirt*innen gesichert sein.
- 96 15. Eine klimaschützende und nachhaltige Mobilität. Insbesondere müssen dabei
97 die unterschiedlichen Voraussetzungen in Städten und auf dem Land
98 berücksichtigt und der Verkehrssektor sozialverträglich transformiert
99 werden.
- 100 16. Die umfangreiche Sensibilisierung von Kindern, Jugendlichen und
101 Erwachsenen gegenüber der Klimakrise, ihrer Auswirkungen und der
102 notwendigen Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen im Rahmen schulischer und
103 außerschulischer Bildungsarbeit.
- 104 17. Eine umfassende Beteiligung von Jugendlichen, jungen Erwachsenen und
105 marginalisierten Gruppen bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen
106 auf allen Ebenen.
- 107 18. Eine umfassende sozial-ökologische Transformation, die strukturelle
108 Probleme löst.

109 Erläuterung und Begründung unserer Forderungen

- 110 1. Das zur Verfügung stehende CO₂-Budget gibt laut Sachverständigenrat für
111 Umweltfragen den Rahmen für den angemessenen und notwendigen Beitrag
112 Deutschlands zur Einhaltung der Pariser Klimaziele vor. Bei linearer
113 Reduktion der Emissionen (basierend auf 2019) müsste Deutschland ab 2038
114 klimaneutral sein.[\[iv\]](#) Von Fridays for Future Deutschland beauftragt, hat
115 das Wuppertal Institut in einer Studie ermittelt, wie Klimaneutralität
116 bereits 2035 machbar wäre.[\[v\]](#) Dafür notwendig sind ambitionierte
117 Investitionen und ein gesellschaftlicher Umbau. So wird sichergestellt,
118 dass der deutsche Anteil am verbleibenden globalen CO₂-Budget für das 1,5
119 Grad-Ziel nicht überproportional beansprucht wird.
- 120 2. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist essenziell für das Erreichen
121 ambitionierter Klimaziele. Insbesondere der Ausbau von Windkraft- und
122 Photovoltaikanlagen muss dazu massiv vorangetrieben werden. Eine
123 vollständige klimaneutrale Stromversorgung mit Erneuerbaren bis 2035 ist
124 umsetzbar[\[vi\]](#) und von elementarer Bedeutung. Dazu braucht es erhebliche
125 Investitionen in die Forschung zu erneuerbaren Energien sowie zu Leitungs-
126 und Speichertechnologien, den großflächigen Ausbau dieser und den Abbau
127 struktureller und bürokratischer Hürden. Um Erneuerbare Energien mit

- 128 Arten- und Naturschutz zu vereinen, müssen Herausforderungen deutlich
129 adressiert und abgewogen werden, Fachpersonal befragt und regionale
130 Lösungen umgesetzt werden.[\[vii\]](#) Die Einbindung der Bürger*innen vor Ort
131 ist fundamental für die Akzeptanz der notwendigen Energiewende.
132 Neben dem Ausbau der Erneuerbaren Energien muss der Ausstieg aus fossilen
133 Energieträgern schnell eingeleitet werden. Dafür muss Deutschland bis 2030
134 aus der Kohleverstromung aussteigen.
- 135 3. Mit dem Green Deal hat sich die Europäische Union auf den richtigen Weg
136 gemacht. Mit ihrer langfristigen Klimastrategie legt sich die EU fest, bis
137 2050 Klimaneutralität erreichen zu wollen. Die Erhöhung des europäischen
138 Reduktionsziels bis 2030 auf 55 Prozent kann hier nur ein erster Schritt
139 sein und muss zeitnah weiter auf 65 Prozent netto (d.h. ohne Anrechnung
140 von Senken) angehoben werden, um auch international ein wichtiges Zeichen
141 zu setzen.[\[viii\]](#)
- 142 4. Die Länder und Menschen des Globalen Nordens müssen sich über ihre Rolle
143 als Hauptverursacher*innen der Klimakrise bewusst werden, dementsprechend
144 Verantwortung übernehmen und für Schäden und Verluste aufkommen. Sie sind
145 historisch für den größten Anteil der Treibhausgasemissionen
146 verantwortlich und profitieren wirtschaftlich am meisten.[\[ii\]](#) Die Folgen
147 der Klimakrise spüren jedoch nicht alle Länder gleichermaßen. Länder und
148 Menschen des Globalen Südens sind am stärksten von der Klimakrise
149 betroffen. Die von Ländern des Globalen Nordens (insbesondere der EU)
150 forcierten Freihandelsabkommen verschärfen und verfestigen diese
151 Ungleichheiten zusätzlich, indem beispielsweise Umweltprobleme in Länder
152 des Globalen Südens ausgelagert werden.
- 153 5. Im Zuge des Kolonialismus haben Europäer*innen andere Menschen massenweise
154 verschleppt, versklavt und getötet. Dieses Unterdrückungssystem beruhte
155 auf einer Rassifizierung von Menschen, das heißt auf der Erfindung von
156 hierarchisch geordneten „Menschenrassen“. Dabei ordneten sich weiße
157 Menschen selbst positive Eigenschaften zu, den kolonialisierten,
158 versklavten Menschen ordneten sie hingegen gegensätzliche negative
159 Eigenschaften zu. Neben der Einteilung in Schwarze und weiße Menschen
160 wurde die Welt in weitere hierarchisch geordnete, binäre Gegensatzpaare
161 geteilt, unter anderem in die Kategorien Mann und Frau, heterosexuell und
162 homosexuell, nicht be_hindert und be_hindert usw. Durch diese koloniale
163 Einteilung der Welt schufen sich die Europäer*innen eine Rechtfertigung,
164 um die kolonisierten Menschen auszubeuten, zu unterdrücken und
165 abzuwerten.[\[ix\]](#)
166 Die Bildung von Gegensatzpaaren machte auch vor der Natur keinen Halt:
167 weiße Menschen schrieben kolonisierten Menschen zu, primitiv und naturnah
168 zu sein. Zugleich waren sie der Ansicht, dass sie selbst durch ihr
169 rationales Denken von der Natur entkoppelt seien. Die Natur wird in diesem
170 Denken zu etwas Gestaltbaren und Beherrschbaren. Zugleich wird verleugnet,
171 dass der Mensch als biologisches Wesen Teil von der Natur ist und von
172 natürlichen Ökosystemen abhängig ist. Durch die Abwertung von Natur hat
173 das koloniale Denken die Ausbeutung unserer natürlichen Lebensgrundlagen

- 174 zugunsten von Profiten ermöglicht. Die Klimakrise hat ihre Wurzeln in
175 diesem Denken.
176 1.
177 Diese Zusammenhänge von Klimakrise, Kolonialismus und Rassismus
178 müssen anerkannt und beendet werden, um Klimagerechtigkeit zu
179 schaffen.[\[ix\]](#)
- 180 6. Diskriminierungen wie Rassismus, Klassismus, Sexismus, Ableismus
181 (Diskriminierung von behinderten Menschen) oder Ageism (Diskriminierung
182 aufgrund des Alters) stellen soziale Ungleichheits- und Machtverhältnisse
183 dar und wirken intersektional.[\[x\]](#) Sie drängen bestimmte gesellschaftliche
184 Gruppen an die gesellschaftlichen Ränder. Von (Mehrfach-)Diskriminierung
185 betroffene Gruppen haben daher in der Regel weniger ökonomische Ressourcen
186 und gesellschaftliche Einflussmöglichkeiten. Sie können sich selbst nicht
187 im gleichen Maße vor Klimafolgen absichern und werden in staatlichen
188 Maßnahmen nicht unbedingt gleichermaßen berücksichtigt. So bekommen
189 marginalisierte Gruppen die Folgen der globalen Erwärmung am stärksten zu
190 spüren. Sie sind von der Klimakrise besonders betroffen, obwohl sie wenig
191 zur Erderwärmung beigetragen haben.[\[xi\]](#)
192 Gendergerechtigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für
193 Klimagerechtigkeit, da FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, Inter,
194 Nichtbinär, Trans, Agender) vor allem Personen aus dem Globalen Süden,
195 sehr stark von der Klimakrise betroffen sind.[\[xii\]](#) Insbesondere in den
196 Bereichen der Organisation der Erwerbs- und Sorgearbeit, des Zugangs zu
197 Ressourcen, Gesundheitsvorsorge und politischer Beteiligung sind diese
198 stark benachteiligt. Sie haben meist einen geringeren sozialen Status,
199 sowie weniger politische und wirtschaftliche Macht als Männer. Dies geht
200 insbesondere auf die historisch bedingte androzentrische
201 (männerzentrierte) Sichtweise in Institutionen und Politik zurück.
202 Deswegen fordern wir das Aufbrechen der patriarchalen Strukturen sowie
203 eine verstärkte Sichtbarkeit und Unterstützung von FLINTA*-Personen,
204 (mehrfach-) diskriminierte Menschen sowie Menschen in prekären
205 Lebenssituationen.
- 206 7. Heutzutage stehen vor allem weiße Klima- und Umweltbewegungen im
207 öffentlichen Fokus. Bewegungen von BIPoC (Black, Indigenous and People of
208 Color) werden dabei meistens außer Acht gelassen und vernachlässigt – nur
209 selten wird in den Medien über sie berichtet. Jedoch kämpfen BIPoC-
210 Aktivist*innen schon seit Jahrzehnten gegen die Auswirkungen der
211 Klimakrise sowie gegen strukturelle Unterdrückungsmuster. Die Arbeit und
212 das Engagement von insbesondere jungen BIPoC-Aktivist*innen müssen
213 sichtbar gemacht und anerkannt werden, da gerade sie besonders stark von
214 den Folgen der Klimakrise betroffen sind. (Einige Kurzvorstellungen von
215 BIPoC-Klimaaktivist*innen können in der kostenlosen Broschüre
216 „Kolonialismus und Klimakrise. Über 500 Jahre Widerstand“ nachgelesen
217 werden.[\[ix\]](#)) Auch Widerstandsbewegungen von BIPoC bekommen wenig
218 Aufmerksamkeit, obwohl sie sich schon früh bildeten. Widerstandsbewegungen
219 von BIPoC-Aktivist*innen fordern, Umweltprobleme nicht isoliert zu
220 betrachten. Stattdessen sollten sie als soziale Probleme behandelt werden,
221 die ihren Ursprung in gesellschaftlichen Hierarchien und
222 Ausbeutungssystemen haben. Durch die öffentliche Vernachlässigung von
223 BIPoC-Protesten wird das falsche Bild geschaffen, Menschen aus dem

- 224 Globalen Süden seien nicht am Umwelt- und Klimaschutz interessiert. Dies
225 ist auf die Ideologie des weißen Naturschutzes zurückzuführen, die im
226 Kolonialismus verwurzelt ist.[\[ix\]](#)
- 227 8. Deutschland als einer der größten globalen Emittenten und als Land mit
228 starken ökonomischen und technologischen Möglichkeiten trägt eine
229 besondere Verantwortung. Deshalb muss Deutschland auch innerhalb der EU
230 und auf internationaler Ebene für ambitionierte Reduktionsziele und
231 konsequente Klimaschutzmaßnahmen eintreten. Insbesondere bei der
232 Ausgestaltung von internationalen Handelsmechanismen mit CO₂-Emissionen
233 fordern wir die Bundesregierung auf, für eine robuste, faire und sichere
234 Ausgestaltung einzutreten, damit es, anders als unter dem Kyoto-Protokoll,
235 nicht zu massivem Missbrauch kommt. Dies bedeutet, dass die
236 Anrechenbarkeit von Zertifikaten aus dem Kyoto-Mechanismus stark
237 reglementiert und eingeschränkt werden muss. Zudem müssen Doppelzählungen
238 und Schlupflöcher im Regelwerk ausgeschlossen werden und eine zusätzliche
239 Reduktion der CO₂-Emissionen erwirkt werden.[\[xiii\]](#)
- 240 9. Länder und Menschen des Globalen Nordens profitieren von der
241 Ressourcenausbeutung des Globalen Südens. Dies hat seinen Ursprung in der
242 Kolonialzeit und hält bis heute an. Eine große Rolle spielt außerdem das
243 kapitalistische System, dass insbesondere auf Profit und Gewinn aus ist.
244 Unter anderem werden zugunsten des Globalen Nordens Rohstoffe sehr günstig
245 importiert.[\[ix\]](#) So kommt es zu einer Ausbeutung von Tieren, Pflanzen,
246 Menschen und Ökosystemen des Globalen Südens, die die Kosten unseres
247 Lebensstils tragen.[\[xiv\]](#)
- 248 10. 1. Die Auswirkungen der Klimakrise sind bereits überall auf der Welt -
249 wenn auch in ungleichem Maße - zu spüren. Szenarien zu erstellen, um
250 diese greifbar zu machen, kann nur ein erster Schritt sein. Die
251 aktive und zeitnahe Einrichtung beziehungsweise Anpassung von
252 Entwässerungsanlagen oder Warnsystemen kann nicht schnell genug
253 erfolgen. Grundsätzlich müssen Städte- und Häuserbau ebenso neu
254 gedacht werden, wie viele andere Wirtschaftsbereiche auch.[\[xv\]](#) Eine
255 besondere Bedeutung bei der Stadtentwicklung kommt dabei der
256 Entsiegelung von Flächen und dem Schaffen von Blau-Grüner-
257 Infrastruktur insbesondere in dicht bebauten Stadtteilen zu. Gerade
258 in sozioökonomisch schwächeren Stadtteilen gibt es häufig einen
259 hohen Anteil versiegelter Flächen, die sich im Sommer besonders
260 stark aufheizen und so zu einem schlechteren Mikroklima führen.
261 Aktiver Naturschutz sowie die Renaturierung und der Erhalt von
262 Ökosystemen wie (Au-)Wäldern oder Mooren tragen aktiv zur Prävention
263 bei. Dieser Umbau bietet durchaus Chancen: Es entstehen neue
264 Möglichkeiten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
265 Zusammenlebens. Hinzu kommt: Wer jetzt proaktiv investiert und
266 Anstrengungen unternimmt, die Klimakrise einzudämmen, zahlt heute
267 einen geringeren finanziellen sowie gesellschaftlichen Preis, als

268 wenn in einigen Jahren ad-hoc Schutz- und Anpassungsmaßnahmen
269 umgesetzt werden müssen.

270 11. Bereits jetzt wird deutlich, dass die größten Schäden und Verluste
271 diejenigen Länder treffen, die einen sehr geringen Anteil zu den globalen
272 Treibhausgasemissionen beigetragen haben und zugleich nicht über die
273 notwendigen Ressourcen verfügen, sich gegen die Schäden präventiv zu
274 schützen. Deutschland muss als reiche Industrienation seine Verantwortung
275 anerkennen und einen relevanten Beitrag zur Klimafinanzierung leisten.
276 Dies muss in den Bereichen Emissionsminderung, Anpassung sowie
277 Klimawandelschäden und -verluste erfolgen. Bisher hält die Gruppe
278 wohlhabender Länder ihr Versprechen nicht, von 2020 bis 2025 jährlich 100
279 Milliarden US-Dollar Klimafinanzierung für Länder des Globalen Südens
280 bereitzustellen. Die Bundesregierung muss sich für die Erfüllung des Ziels
281 stark machen und den eigenen Anteil von mindestens 8 Milliarden US-Dollar
282 pro Jahr bis 2025 absichern. Das neue Klimafinanzierungsziel ab 2025 muss
283 sich an den Bedarfen der am stärksten von der Klimakrise betroffenen
284 Länder ausrichten. Ein deutscher Anteil von 10 Prozent an der Gesamtsumme
285 muss sichergestellt werden.[\[xvi\]](#) Darüber hinaus muss sich die
286 Bundesregierung dafür einsetzen, dass die Staatengemeinschaft die
287 internationalen Finanzströme im Sinne des Klima- und Artenschutzes
288 kanalisiert und steuert.

289 12. Bereits heute beeinflusst die Klimakrise und die daraus resultierende
290 Umweltzerstörung die Lebensumstände vieler Menschen so sehr, dass sie
291 gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Sowohl nach der Genfer
292 Flüchtlingskonvention als auch nach dem deutschen Asylrecht steht diesen
293 Menschen bislang kein Schutz zu. Die Bundesregierung muss auf
294 internationaler Ebene dafür eintreten, dies zu ändern und das nationale
295 Recht anzupassen.[\[xvii\]](#)

296 13. Die Zusammenhänge zwischen dem Verlust der Artenvielfalt und der
297 Klimakrise sind eindeutig. Untrennbar und sich gegenseitig verstärkend
298 stellen beide Entwicklungen eine Krise von existenzieller Bedrohung dar.
299 Der Schutz von Ökosystemen und biologischer Vielfalt muss künftig viel
300 mehr Raum bei der Ausgestaltung von Klimaschutzmaßnahmen einnehmen als
301 bisher. Ohne konsequente Naturschutz- und Renaturierungsmaßnahmen können
302 die Emissionsminderungsziele nicht erreicht werden. Dies bestätigen die
303 Berichte des Weltbiodiversitätsrat (IPBES)[\[xviii\]](#) und des Weltklimarats
304 (IPCC)[\[xix\]](#). Zudem sind intakte Ökosysteme notwendig, um die Resilienz
305 gegenüber dem sich ändernden Klima zu erhöhen. Natürliche Lösungen
306 (sogenannte NBS, Nature-based Solutions) müssen in der Debatte um
307 Klimaschutzmaßnahmen stärker als bisher bedacht werden. Gleichzeitig
308 müssen Klimaschutzmaßnahmen hinsichtlich ihres Einflusses auf die
309 Biodiversität überprüft werden.

310 14. Laut IPCC-Sonderbericht 2019 ist die Landnutzung weltweit für 23 Prozent
311 aller Emissionen verantwortlich.[\[xix\]](#) Die Landwirtschaft ist somit
312 weltweit einer der Haupttreiber der Klimakrise und hat gleichzeitig massiv
313 mit deren Folgen zu kämpfen. Die NAJU trägt die Forderungen der
314 Zukunftskommission Landwirtschaft mit[\[xx\]](#) und setzt sich für einen
315 Brückenschlag zwischen Naturschützer*innen und Landwirt*innen ein. Eine

- 316 klimaresiliente Landwirtschaft sorgt nicht nur für Lebensmittelsicherheit
317 weltweit und kann so die Versorgung der Weltbevölkerung zukünftig
318 garantieren, sondern sichert auch Arbeitsplätze. Darüber hinaus ist der
319 Umbau zu einer resilienten, fairen und naturnahen Landwirtschaft der
320 Schlüssel für den Erhalt der Biodiversität.[\[xxi\]](#)
- 321 15. Der Verkehrssektor ist der einzige Sektor, in dem die CO₂-Emissionen in
322 Deutschland seit 1990 nicht gesunken sind.[\[xxii\]](#) 2019 wurden noch mehr als
323 ein Fünftel der Emissionen im Verkehr verursacht. Die Wende zu einer
324 postfossilen ressourcensparenden Mobilität ist nicht nur aus Sicht des
325 Klimaschutzes, sondern auch aus gesundheitlichen und sozialen Gründen
326 überfällig. Der Straßenverkehr macht in Deutschland fast 95 Prozent der
327 Emissionen in diesem Sektor aus,[\[iv\]](#) sodass hier der entscheidende Hebel
328 besteht. Ab 2030 sollen keine Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor mehr
329 zugelassen werden. Allerdings kann die Lösung nicht sein, alle Fahrzeuge
330 durch solche mit Elektro-Antrieb zu ersetzen. Einhergehend mit einer
331 Preisreduzierung und dem Ausbau des ÖPNV sowie der Rad- und
332 Fußverkehrsinfrastruktur, muss der individuelle Automobilverkehr deutlich
333 reduziert werden. Um längere Distanzen zu überwinden, muss die Bahn in der
334 Taktung, der Preisgestaltung sowie dem Service angepasst werden.
335 Kurzstreckenflüge bis 1.000 Kilometer müssen zeitnah ersetzt werden. Damit
336 auch alle Menschen den ÖPNV tatsächlich nutzen können, muss dieser mitsamt
337 seiner Infrastruktur flächendeckend barrierefrei gestaltet werden und
338 strukturelle Benachteiligungen wie die schlechtere Anbindung von
339 sozioökonomisch vermeintlich schwächeren Stadtteilen und Regionen abgebaut
340 werden. Der ÖPNV und die entsprechende Infrastruktur wie Bahnhöfe müssen
341 auch sichere Orte insbesondere für von (Mehrfach-)Diskriminierung
342 betroffenen Menschen werden, um eine alternative zum Motorisierten
343 Individualverkehr zu werden. Wir verweisen auf die Positionspapiere der
344 NAJU[\[xxiii\]](#) sowie des Deutschen Bundesjugendrings[\[xxiv\]](#) zur
345 Mobilitätswende.
- 346 16. Um auf die Herausforderungen des gesellschaftlichen, technologischen und
347 kulturellen Umbaus angesichts der Klimakrise angemessen reagieren zu
348 können, sind Verständnis und Handlungskompetenz in der Breite der
349 Gesellschaft notwendig. Bildungsarbeit im formellen sowie informellen
350 Bereich ist von größter Bedeutung bei der Gestaltung der Gesellschaft in
351 Zeiten der Klimakrise. Die Klimakrise und ihre Auswirkungen müssen
352 zentrale Inhalte in Bildungsplänen und Rahmenlehrplänen sein. Von
353 besonderer Bedeutung ist dabei nicht nur der bloße Umgang mit Kennzahlen
354 und Fakten, sondern auch ein lösungs- und handlungsorientierter Ansatz.
355 Nur mit der Kompetenz, sich Herausforderungen zu stellen, diese zu
356 moderieren und unter Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven gezielt
357 anzugehen, kann die Gesellschaft der Klimakrise wirkungsvoll begegnen. Das
358 Konzept einer Bildung für Nachhaltige Entwicklung stellt hierfür die
359 Grundlage dar.[\[xxv\]](#)
- 360 17. 1. Besonders vulnerable Gruppen müssen umfassend an politischen und
361 gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Neben
362 anderen marginalisierten Gruppen werden die Klimafolgen insbesondere
363 heutige junge und zukünftige Generationen treffen, die keine direkte

364 Verantwortung für die enormen Treibhausgasemissionen tragen. Sie
 365 werden noch viele Jahre in der Welt leben, die ihnen übergeben wird
 366 und wären bei fortschreitender Klimakrise stark in ihren
 367 Grundrechten eingeschränkt. So hat es das Bundesverfassungsgericht
 368 in seinem wegweisenden Urteil im Frühjahr 2021 festgestellt.^[xxvi]
 369 Nur durch umfassende Beteiligungsmöglichkeiten können sie die Welt
 370 von morgen, in der sie leben werden, heute schon
 371 mitgestalten.^[xxvii] Diese Beteiligung muss auf allen politischen
 372 Ebenen gewährleistet sein, sei es durch Abschaffung des
 373 Wahlalters^[xxviii] oder durch Schaffung entsprechender Gremien und
 374 Posten.

375 18. 1. Unsere Ressourcen auf dem Planeten sind begrenzt, weshalb
 376 grenzenloses Wachstum eine Illusion ist. Zugleich führt das Streben
 377 nach immer größeren Profiten zu einer immer größeren
 378 Ungleichverteilung des Wohlstandes und zerstört Natur und Umwelt. Um
 379 Klimagerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu schaffen, braucht es
 380 eine umfassende gesellschaftliche Transformation.^[xxix] Technische
 381 Innovationen allein können die Klimakrise nicht lösen.
 382 Umweltprobleme können nicht isoliert betrachtet werden, sondern
 383 müssen als soziale Phänomene verstanden werden. Ökologische und
 384 soziale Aspekte können sich wechselseitig verstärken – im Positiven
 385 wie im Negativen.

386 Wir verweisen auf die anderen Positionspapiere der NAJU sowie auf die Positionen
 387 des NABU (Naturschutzbund Deutschland) e.V.

388 ^[i]Zum „Capitalocene“:

389 Moore, J. W. 2016: Anthropocene or Capitalocene? Nature, history, and the crisis
 390 of capitalism. In: Moore, J. W. (ed.) 2016: Anthropocene or Capitalocene?
 391 Nature, history, and the crisis of capitalism. Oakland: PM Press, S. 1-13.

392 Zum „Racial Capitalocene“:

393 Davis, J., A. A. Moulton, L. van Sant und B. Williams 2019: Anthropocene,
 394 Capitalocene, ... Plantationocene?: A Manifesto for Ecological Justice in an Age
 395 of Global Crises. Geography Compass 13 (5), doi: 10.1111/gec3.12438 .

396 Sharpe, C. E. 2016: In the wake. On Blackness and being. Durham: Duke University
 397 Press.

398 Vergès, F. 2017: Racial capitalocene. In: Johnson, G. T. and A. Lubin (eds.):
 399 Futures of black radicalism. London/New York : Verso, S. 72-82

400 ^[ii] Hickel, J. 2021: The anti-colonial politics of degrowth. Political
 401 Geography 88 <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102404> . URL, aufgerufen am
 402 05.09.2023.

403 Chancel, L., T. Piketty 2015: Carbon and inequality: from Kyoto to Paris. Trends
 404 in the global inequality of carbon emissions (1998-2013) & prospects for an
 405 equitable adaptation fund. Paris: Paris School of Economics. URL, aufgerufen am
 406 05.09.2023.

407 ^[iii] IPCC 2023: Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working
 408 Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental
 409 Panel on Climate Change. Core Writing Team, H. Lee and J. Romero (eds.). Genf:
 410 IPCC Sekretariat, doi: 10.59327/IPCC/AR6-9789291691647 . URL, aufgerufen am
 411 05.09.2023.

- 412 [\[iv\]](#) Sachverständigenrat für Umweltfragen 2020: Für eine entschlossene
413 Umweltpolitik in Deutschland und Europa. Kurzfassung. [URL](#), aufgerufen am
414 05.09.2023.
- 415 [\[v\]](#) Wuppertal Institut 2020: CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen
416 Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze. Bericht. Wuppertal. [URL](#), aufgerufen
417 am 05.09.2023.
- 418 [\[vi\]](#) Energywatchgroup 2021: Das Energiesystem der Zukunft. 100% Erneuerbare
419 Energien für Deutschland bis 2030. Klimaschutz – Versorgungssicherheit –
420 Wirtschaftlichkeit. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 421 [\[vii\]](#) NAJU 2022: NAJU-Resolution zum Ausbau Erneuerbarer Energien. Zeit für
422 einen Perspektivenwechsel zur Bewältigung von Klima- und Artenkrise. [URL](#),
423 aufgerufen am 05.09.2023.
- 424 [\[viii\]](#) Climate Action Tracker: EU. County summary. [URL](#), aufgerufen am
425 05.09.2023.
- 426 [\[ix\]](#) Bechert, L., Dodo, Shayli Kartal 2021: Kolonialismus & Klimakrise. Über 500
427 Jahre Widerstand. Jugend im BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
428 (ed.). [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 429 [\[x\]](#) Crenshaw, K. 2016: The urgency of intersectionality. [URL](#), aufgerufen am
430 05.09.2023.
- 431 [\[xi\]](#) Kurwan, J. 2023: Klimagerechtigkeit. Bundeszentrale für politische Bildung
432 (ed.). [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 433 [\[xii\]](#) Alber, G., D. Hummel, U. Röhr, M. Spitzner, I. Stieß 2018:
434 Geschlechtergerechtigkeit und Klimapolitik. In: Bundeszentrale für politische
435 Bildung (ed.): APuZ Aus Politik und Zeitgeschichte. [URL](#), aufgerufen am
436 05.09.2023.
- 437 [\[xiii\]](#) NABU, NAJU 2019: Klimakonferenz: Ambitionen erhöhen, Schlupflöcher
438 schließen. NABU/NAJU-Forderungen zur COP 25 Madrid. [URL](#), aufgerufen am
439 05.09.2023.
- 440 [\[xiv\]](#) Umweltbundesamt 2021: Ressourcennutzung und ihre Folgen. [URL](#), aufgerufen
441 am 05.09.2023.
- 442 [\[xv\]](#) Umweltbundesamt 2022: Anpassung: Handlungsfeld Bevölkerungs- und
443 Katastrophenschutz. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 444 [\[xvi\]](#) NABU, NAJU 2022: Klimakonferenz: Für Natur, Klima und Menschen.
445 Gemeinsamer Standpunkt von NAJU und NABU zur Weltklimakonferenz UNFCCC COP 27.
446 [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 447 [\[xvii\]](#) Schraven, B. 2019: Der Zusammenhang zwischen Klimawandel und Migration.
448 In: Bundeszentrale für politische Bildung (ed.): Migration und Klimawandel. [URL](#),
449 aufgerufen am 05.09.2023.
- 450 [\[xviii\]](#) IPBES 2019: Global assessment report on biodiversity and ecosystem
451 services of the Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and
452 Ecosystem Services. E. S. Brondizio, J. Settele, S. Díaz, and H. T. Ngo (eds.).
453 Bonn: IPBES Sekretariat, <https://doi.org/10.5281/zenodo.3831673>. [URL](#),
454 aufgerufen am 05.09.2023.

- 455 [\[xix\]](#) IPCC 2019: Summary for Policymakers. In: Climate Change and Land: an IPCC
456 special report on climate change, desertification, land degradation, sustainable
457 land management, food security, and greenhouse gas fluxes in terrestrial
458 ecosystems. P.R. Shukla, J. Skea, E. Calvo Buendia, V. Masson-Delmotte, H.- O.
459 Pörtner, D. C. Roberts, P. Zhai, R. Slade, S. Connors, R. van Diemen, M. Ferrat,
460 E. Haughey, S. Luz, S. Neogi, M. Pathak, J. Petzold, J. Portugal Pereira, P.
461 Vyas, E. Huntley, K. Kissick, M. Belkacemi, J. Malley, (eds.). Genf: IPCC
462 Sekretariat. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 463 [\[xx\]](#) Zukunftskommission Landwirtschaft 2021: Zukunft Landwirtschaft. Eine
464 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Empfehlungen der Zukunftskommission
465 Landwirtschaft. BMUV (ed.). [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 466 [\[xxi\]](#) NAJU 2013: Position zur ökologischen Landwirtschaft. [URL](#), aufgerufen am
467 05.09.2023.
- 468 [\[xxii\]](#) BMUV 2021: Treibhausgasemissionen sinken 2020 um 8,7 Prozent. Positiver
469 Trend der Vorjahre setzt sich fort / 40,8 Prozent Rückgang seit 1990. [URL](#),
470 aufgerufen am 05.09.2023
- 471 [\[xxiii\]](#) NAJU 2017: Position zur Verkehrspolitik. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 472 [\[xxiv\]](#) Deutscher Bundesjugendring 2020: Junge Menschen bewegen – Eine
473 nachhaltige Mobilitätswende für alle! [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 474 [\[xxv\]](#) NAJU: Bildung für nachhaltige Entwicklung. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 475 [\[xxvi\]](#) Bundesverfassungsgericht 2021: Verfassungsbeschwerden gegen das
476 Klimaschutzgesetz teilweise erfolgreich. Pressemitteilung Nr. 31/2021 vom 29.
477 April 2021. [URL](#), aufgerufen am 05.09.2023.
- 478 [\[xxvii\]](#) NAJU 2020: Position zur Jugendbeteiligung. [URL](#), aufgerufen am
479 05.09.2023.
- 480 [\[xxviii\]](#) NAJU 2021: Position zur Abschaffung des Wahlalters. [URL](#), aufgerufen am
481 05.09.2023.
- 482 [\[xxix\]](#) NAJU 2021: Position zur Sozial-Ökologischen Transformation. [URL](#),
483 aufgerufen am 05.09.2023.